

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

259 (19.9.1921) Erstes Blatt

Zweiter Rechtstitel: die Nichtratifizierung der militärischen Garantieverträge; und zwar ins- folge des letzten Paragraphen des Artikels 429, der die Verlängerung der Befehle vorzieht für den Fall, daß die Garantien als ungenügend zu betrachten seien.

Das Anführen des einen wie des anderen Grundes ist sehr interessant. In der Tat beweist Nummer eins, daß Deutschland durch kein noch so demütigtes Unterwerfen, durch keine Zahlungen, durch keinen guten Willen, den man immer wieder forderte und dafür alles mögliche versprach, sich die Günst der französischen Machthaber erwerben kann. Was man sonst sorgfältig an verbergen trachtet, der maßlose französische Imperialismus, der nur noch von seinem Deutschen das erreicht wird, hier schimmert er durch. Man will Deutschlands Unter- gang. Der letzte der Deutschen soll es ewig bleiben.

Der Grund Nummer zwei knüpft den Faden an die allgemeine Politik Frankreichs, von der ich oben sprach und die sich in der Stille vollzieht. Er ist als Drohung aufzufassen für den Fall, daß nach England auch Nordamerika abtrünnig wird, daß alle Küste der französischen Diplomatie nicht zum Ziele führen, daß die Vereinigten Staaten weder die goldne Brücke zum Völkerbund, noch die zum Versailler Frieden betreten wollen. Für diesen Fall gilt die Drohung: La France fera par elle-même. Statt der Friedenssäfte die fliegenden Bajonnette. Die unvorsichtige Ausherrschung des Demagogen- fesslers hat wieder einmal vorzeitig den Schleier geklüftet und verborgene Ziele ans helle Licht gerückt.

Deutsches Reich.

Die Versammlungsverbote.

Berlin, 18. Sept. Seit dem Erlass der Verordnung des Reichspräsidenten sind bisher 27 Versammlungen verboten worden, und zwar 25 von den Polizeibehörden und zwei vom Reichsminister des Innern. Es wurden nur fünf Befehlsurkunden erlassen.

Der Reichsminister des Innern hat die in Berlin erscheinende Wochenschrift „Die Tradition“ für die Zeit vom 16. bis einschließlich 29. September verboten. In Remscheid wurde das Organ der kommunistischen Partei, die „Bergische Volksstimme“, vom 17. bis 20. September verboten. Die „Rote Fahne“ ist auch unter ihrem dritten Titel „Mittelungsblatt der kommunistischen Partei“ beschlagnahmt worden.

Zensurverbote und Ausweisungen im besetzten Gebiet.

Mainz, 18. Sept. Die Rheinlandskommission hat für drei Monate den „Blätterbote“ und die Zeitschrift „Internationale Jugend“ im besetzten Gebiet verboten und sich ferner vorbehalten, Publikationsorgane endgültig aus dem besetzten Gebiete auszuweisen, die bereits zweimal verboten waren und diese Warnung nicht beachtet haben. In der Zeit vom 15. Juni bis 15. September wurden 145 Ausweisungen aus dem besetzten Rheinland verfügt, hauptsächlich gegen Deutsche.

Verhaftung einer Bande.

Berlin, 18. Sept. In Ziegenhain sind sämtliche Angehörige einer aus früheren Selbstschützern bestehenden Bande verhaftet worden, welche sich große Übergriffe zu schulden kommen ließen. Bei der Verhaftung gelang der Polizei die Beschlagnahme von 84 Pferden, zahlreichen Lastautos und Personenwagen.

Helgoland deutsch oder britisch?

Berlin, 18. Sept. Der Gemeindevorsteher von Helgoland, Bürgermeister Wagens, legte sein Amt nieder. Er galt als einer der ersten, welche mit der Austragung von Deutschland sympathisierten.

Der sächsische Ministerpräsident zum Einheitsstaat.

Dresden, 19. Sept. Der sächsische Ministerpräsident hat auf die Frage, wie die sächsische Regierung zu dem Plan einer engeren Verbindung zwischen Sachsen und Thüringen stehe, erwidert: Meine Politik geht darauf hinaus, alles zu tun, um die Einheitslichkeit des Reiches zu erhalten. Die Verschmelzung aller Teile des Reiches zu einem Ganzen, muß die vornehmste Aufgabe aller Regierungen sein. Wäher hat sich die sächsische Regierung mit dem Plan noch nicht befaßt. Es ist wohl auch wenig Aussicht, daß er verwirklicht wird.

Keine Antiarisierung Deutschlands.

Berlin, 19. Sept. Zu der Nachricht, daß ein Staatssekretär in Berlin in amtlichem Auftrag auf Verlangen der Entente einen Entwurf zu einem deutschen Einheitsstaat ausgearbeitet habe, in dem die Bundesstaaten unter Aufhebung ihrer Regierungen und Landtage unter Gewährung einer Scheinautonomie in Verwaltungsbezirken verwandelt werden sollen, wird amtlich mitgeteilt, daß der Reichsregierung von einem solchen Plan nicht das geringste bekannt ist, und daß kein Staatssekretär der Reichsregierung einen solchen Plan bearbeitet hat.

Die Verbrauchssteuern.

Berlin, 19. Sept. Der Reichsrat nahm am Samstag die Beratung der Verbrauchssteuern, die Verdoppelung der Rindwarenksteuer, sowie der Mineralwassersteuer an. Die Verdoppelung der Rindwarenksteuer wurde gegen die Stimmen Bayerns angenommen. Ferner wurde angenommen die Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 Prozent des Verkaufswertes. Die erhöhte Tabaksteuer soll am 1. April 1922 in Kraft treten. Der Reichsrat lehnte jedoch die Erhöhung für Bismarck ab und ermäßigte die Säure für Feuertabak. — Der Friedensvertrag mit Amerika wurde genehmigt, doch erklärte ein bayerischer Vertreter, seine Regierung nehme an, daß mit dem Vertrag nicht das Versailler Bekenntnis der deutschen Kriegsschuld erneuert werden soll.

Zur Lage in Oberschlesien.

Dresden, 19. Sept. Aus Katowitz wird gemeldet, daß die Interalliierte Kommission angeordnet habe, alle wesentlichen Elemente seien aus Oberschlesien sofort zu entfernen und Personen mit unvorschriftsmäßigen Papieren seien sofort zu verhaften.

Kein Angeklantenstreik in Frankfurt.

Frankfurt, 18. Sept. Am Samstag hat hier eine Abstimmung der Angeklanten über einen Streik zur Erwinigung von Gehaltssteigerungen stattgefunden. 95 Prozent der Stimmen waren für den Streik, der am Dienstag beginnen sollte. Am Samstag aber wurde bekannt, daß der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses in der Sache der kaufmännischen und technischen Angeklanten von dem Demobilisationskommissar für verbindlich erklärt worden ist. Damit ist der Streik vermieden. Die Verbindlichkeitsklärung kann nur auf Antrag erfolgen, und dieser wurde bekanntlich von der Ma und von dem G.D.A. gestellt. Die durch den Schiedspruch bewilligten Sätze sind damit laut Verordnung vom 23. Dezember 1920 rechtsverbindlich geworden.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Görlitz, 19. Sept. Am Samstag abend wurde der Sozialdemokratische Parteitag im großen Saal der Stadthalle zu Görlitz eröffnet. Man sah u. a. den Parteivorsitzenden Wels, den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Hermann Müller, Oberbürgermeister Scheidemann, den 70jährigen Wollschuh, die ehem. Minister Brann, Bittel und Severing, den Reichstagspräsidenten Löbe, den sächsischen Ministerpräsidenten Buch, den Rektor der Görlitzer Sozialdemokratie, der 73jährige Keller, bearbeitete den Parteitag in seiner Heimat.

Darauf erhielt Hermann Müller das Wort zu seiner Eröffnungsansprache. Das neue Programm müßte die alten sozialistischen Anschauungen rein erhalten. Das Ziel sei allerdings noch weit entfernt, wegen der verfluchten Zersplitterung der deutschen Arbeiterkraft. (Ausrufung.) Die Mörder Erbsbergers seien dieselben Vektoren, die im Krieg Gefangene mißhandelt und Deutschland in Mißkredit gebracht haben. Der Wozel sei vorbereitet durch die deutschnationale Besetzung. Vergt habe in München die Freiheit gehabt zu erklären: „Wir werden der Sozialdemokratie die Maske vom Gesicht reißen, die stets den politischen Wozel gepredigt hat.“ Die Geschichte der Sozialdemokratie zeigt aber das Gegenteil. In der Erbsberg-Brigade würden auch die Mörder Erbsbergers zu finden sein; diese Banden müßten unerbittlich gemacht werden. Die Sozialdemokraten haben nach dem 9. November am Nord keine Gelegenheit gehabt. Hätte sie eine solche Gelegenheit gehabt, dann würde Erbsberg nicht mehr seinen feisten Hinterfronten präsentieren können. Diesen Vorhaben das Handwerk zu legen, sei Deutschland seinem Rufe im Ausland schuldig. Zur Demokratisierung müsse namentlich auf den Nachwuchs geachtet werden. Die deutschnationalen Angeltine eigneten sich nicht zu Beamten der Republik. Der Weg in die preussische Regierung müsse für die Sozialdemokratie gefunden werden. Der kommende Winter würde die Partei händig in Alarmbereitschaft finden gegen die Rechtskonservativen. Drohe doch der Landbund bereits mit dem Bismarckstreik. Diese Vektoren in Menschen- gestalt, die die Säuglinge der Städte opfern wollen, seien nicht Besseres als die Mörder Erbsbergers. Der Arbeiterstreik bedeutet den Bürgerkrieg. Arbeiter würden wahrheits- lich bei den deutschnationalen Spießhähnen Dammern suchen gehen. Es sei höchste Zeit, daß Deutschland sein altes Recht in Oberschlesien werde und daß die rechtskonservativen Sanktionen fallen. In der Steuerpolitik rächen sich die Niederlagen an deutschen Volk. Der Dpferstag für den Kapitalismus sei gekommen. Zu Vorkämpfern wurden Wels und Daut- adel (Görlitz) gewählt. Wels begrüßte die erlesenen Ausländer. Der Präsident Wozel ist selbst nicht erschienen. Er hat ein Besichtigungsprogramm angekündigt. Es wird beschlossen, das Programm in einem Ausschuss von 28 Mitglidern zu überweisen. Es folgte dann die Begrüßungsansprache der auswärtigen Gäste.

Ein Urteil des Reichsministers des Innern.

Paris, 17. Sept. Der Berliner Berichterstatter des „Matin“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer, in der dieser unter anderem sagte: Die deutsche Regierung hat sich mit zwei Gefahren zu beschäftigen, dem Bolschewismus und der Monarchie. Der Bolschewismus kam im Reich noch lokale Aufstände und Beunruhigungen hervor- rufen. Es scheint aber, daß er viel von seiner Unstetig- keit verloren hat. Gegen die monarchistische Gefahr hingegen muß die Regierung sehr wachsam sein. Ungleichgewichte vergrößern die sehr engherzigen Schwierigkeiten unklarer auswärtiger Lage unklarer Gegner ein scheinbares Argument. Sie werfen der Berliner Regierung vor, daß sie keinerlei Erfolg auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auf ihr Altium schreiben könne. Brand hat eines Tages erklärt: Wenn wir der deutschen Demokratie das Leben zu hant machen, dann werden wir Gefahr laufen, auf der anderen Seite des Rheines ein Wiederankommen des Monarchismus hervorzu- rufen. Das ist die volle Wahrheit. Ich begrüße, daß unsere zahlreichen monarchistischen Kundgebungen Frank- reich beunruhigen. Aber diese Agitation, die übrigens oberflächlich ist, würde bald verschwinden, wenn die Entente nicht auf indirekte Weise so viel Öl ins Feuer göße. Wie oft erlaubt die Sanktionsfrage der Presse der Rechten, die öffentliche Meinung zu entkommen nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen die Demokratie, der sie Schwäche vorwirft. War das nicht ein Jerem von ihrer Seite, nach der Umahme des Ultimatus die Zwangsmaßnahmen ausdruckt zu erhalten? Aber die ernste und brennendste Frage für Deutsch- land ist die oberste. Wir haben zweifelsfrei festgestellt, mit welcher Angst die deutsche Bevölkerung ohne Unterschied der Klassen die Entschädigung des Völ- kerbundes erwartet. Wenn diese Drohung, die ihre Ent- wicklung der deutschen Kultur und der deutschen Industrie verdammt, nicht Deutschland verlassen würde, dann könnten wir einen neuen Aus nach rechts nicht ver- meiden. Glücklichselig sind sich die Parteien von der Vinsradikalen bis hin zum Abenteurer darüber einig, den Bogen nicht allzu stark zu spannen. Ich habe mit Vertretern der deutschnationalen Partei eine Unterredung gehabt. Sie haben mir versprochen, ihre Presseorgane zur Mäßigung aufzufordern. Die Kommunisten haben das Gleiche getan. Das sind günstige Anzeichen und ich neige daher auch dazu, zu glauben, daß wir in eine Zeit politischer Beruhig- ung kommen werden, die es Deutschland gestatten wird, sich durch die Welt wieder zu erholen und seinen Verpflichtungen Frankreich gegenüber nachzukommen.

Polen will einen Kriegshafen in Danzig.

Genf, 18. Sept. Der Völkerbundsrat beschäftigte sich gestern mit der freien Stadt Danzig. Auf der Juni- tagung hatte der Rat beschlossen, daß der Oberkommissar von Danzig ein Gutachten erlassen soll über die Er- richtung eines Anlegehafens für die polnische Kriegs- marine, ohne daß dadurch eine polnische Marinebasis geschaffen würde. Der Oberkommissar hatte beantragt, ein Gutachten der ständigen Militärkommission des Völkerbunds darüber einzuholen, welcher Unterschied zwischen einer Marinebasis und einem Anlegehafen bestände. Präsident Sahn berief sich darauf, daß auf Beschluß des Völkerbundsrates in Danzig keine Militär- oder Marinebasis geschaffen werden dürfe. Der Rat beschloß, daß auch die Danziger Regierung binnen einer Frist von 14 Tagen hierzu Stellung nehmen möge und die Militärkommission ihr Gutachten dem Rat erlassen solle.

Auswärtige Staaten.

Keine Worte, sondern Taten.

Wien, 19. Sept. Bundeskanzler Schöber er- klärte in einer Unterredung: Oesterreich fehlt es nicht an Lebenswillen, sondern die natür- lichen und künstlichen Schranken, die uns hemmen, verzögern unsere Wiederanfrichtung. Wir selbst sind machtlos und die Verantwortung liegt auf der Gegenseite. Die Politik der Worte muß ein Ende haben, wenn wir nicht einem fürchterlichen Winter entgegengehen wollen.

Der neue polnische Ministerpräsident.

Warschau, 18. Sept. Von den Parteien wurde mit 236 gegen 145 Stimmen der Rektor der po- litischen Schule, Ponikowski, zum Mi- nisterpräsidenten vorgeschlagen. Marschall Pi- lsudski hat darauf Ponikowski mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Die Umsiedlung der Bevölkerung in Bromberg.

Paris, 18. Sept. In Warschau wird bekannt gegeben, daß in der Zeit vom 31. Januar 1920 bis 31. August 1921 in Bromberg 37 000 Polen und 9000 Deutsche angekommen seien. In der gleichen Zeit hätten, wie Havas mitteilt, 11 000 Polen und 21 000 Deutsche die Stadt verlassen, so daß die Bevölkerung der Stadt um 26 000 Po- len zugenommen und um 31 000 Deutsche abge- nommen hat.

Auslieferung der deutschen Fußfahrzeuge.

Paris, 19. Sept. Reuter meldet: Die Ent- schädigungskommission veröffentlicht eine Note über die Auslieferung der deutschen Fußfahr- zeuge an die Alliierten. Die vorläufige Fuß- fahrzeugschiffahrtskommission, die zur Zeit in Ruhrort ihren Sitz hat, hat mit der Unterjudung der von Deutschland angebotenen Fahrzeuge be- gonnen.

Amerika wünscht einen Zepplin.

Washington, 18. Sept. Die Luftschiffabri- kation hat den Präsidenten Harding ge- beten, wenn möglich mit Deutschland über den Ankauf eines Luftschiffes vom Zepplintyp zu verhandeln.

Abrüstung in Amerika.

Washington, 18. Sept. Das Kriegsministerium hat Vorkehrungen getroffen, um das amerikanische Meer auf 150 000 Mann herabzumindern.

Strandemonstrationen in Genf.

Genf, 18. Sept. Zwischen einem Demonstra- tionszug der allgemeinen Gewerkschaften und der Straßen- bahner, die rote Fahnen mitführten, und der Polizei kam es zu Zusammenstößen. Die roten Fahnen wurden heruntergerissen. Die Polizei verhaftete mehrere Personen. Einige Beamte und mehrere Demonstranten wurden verletzt.

Kommunistenverfolgung in Bulgarien.

Paris, 18. Sept. Wie der „Temps“ aus Sofia meldet, hat die bulgarische Regierung eine Reihe kom- munistischer Stadträte, darunter in Warna, Ruzhica und Rissenbiel aufgelöst.

Die Unterhandlungen zwischen Irland und London.

London, 18. Sept. Die Briefwechsel zwischen Lloyd George und dem Führer der irischen Un- abhängigen Devalera gehen weiter. Lloyd George schrieb an Devalera wiederholt, die ge- plante Konferenz sei unmöglich, wenn der Anführer, daß die irischen Vertreter als Dele- gierte eines souveränen, unabhängigen Staates angesehen werden wollten, nicht zurück- gegeben werden würde. Die Antwort des Ir- länders soll in London als befriedigend bezeich- net werden. Eine Meldung lautet:

e. London, 19. Sept. Das letzte Telegramm Devaleras hat in offiziellen Kreisen Londons den besten Eindruck gemacht. Man findet den Ton seiner Antwort an Lloyd George sehr ver- bündlich und hofft, daß diese Antwort viel dazu beitragen wird, die mißtrauische Stimmung der letzten Tage zu vermindern. Es herrscht die Meinung vor, daß ein entscheidender Schritt zur Lösung der irischen Frage gemacht worden ist.

e. Belfast, 19. Sept. Zwischen Sinnfeinern und Drangisten haben am Sonntag in Belfast 60 tötliche Zusammenstöße stattgefunden, wobei es einen Toten und sechs Vermundete gab, von denen zwei schwer verletzt sind. Die Polizei hat etwa 20 Verhaftungen vorgenommen. Bei einer Hausdurchsicht wurden mehrere Ritten Munition entdeckt.

Hungersnot und Politik in Rußland.

Von der finlich-russischen Grenze wird uns geschrieben:

Die in Sowjetrußland in den letzten Tagen sich abspielenden Ereignisse haben bewiesen, daß die pessimistischen Erwartungen, die an die Hungerhilfe geknüpft wurden, durchaus be- rechtigt waren. Das russische Hilfskomitee, zu dem die meisten in Rußland noch anwesen- den, brauchbaren und zuverlässigen Leute gehö-

ten, ist aufgelöst und die Mitglieder dieses Hilfs- komitees sind ins Gefängnis gesteckt worden.

Die Sowjetregierung gibt bekannt, daß die- ses Komitee unter dem Deckmantel der Hunger- hilfe sich mit gegenrevolutionären Antrieben beschäftigt habe. Daß diese Behauptung aus der Luft gegriffen ist, braucht wohl nicht erst beson- ders hervorgehoben zu werden, denn unter die- ser Signatur schwanden in Rußland Tausende und zehntausende Menschen in den Gefängnis- sen, wemgleich sie nichts anderes beangenen haben, als daß sie der Sowjetregierung oder einem bestebigen ihrer Satrapen in der einen oder anderen Weise unbenam geworden oder sich irgendwie verdächtig gemacht haben. Ver- dächtig macht sich aber in Rußland jeder Mensch, der nicht zur kommunistischen Fahne geschworen hat.

Wenn man sich nun fragt, welches die wahren Gründe sein können, die die Sowjetregierung veranlaßt haben, das russische Komitee fast- anstellen, so bleibt hierauf nur die Antwort, daß der Sowjetregierung alles daran gelegen sein muß, sich unbenomene Kontrolle bei der Verteilung der aus Amerika und Europa einlaufen- den Lebensgaben von Halle zu halten. In der von ihr bestellten Maßnahme dokumentiert sich zur Evidenz die Absicht, in allererster Linie ihre Leute, d. h. die Kommunisten und die Drahtzieher des Kommunismus, zu verflechten und auf diese Weise ihre ins Ausland gekom- mene Macht zu stärken — das Schicksal der hungernden Massen dürfte ihr absolut gleichgültig sein. Welchen Einfluß diese neue Gewalt der Sowjetregierung auf die geplante Dis- sertation ausüben wird, läßt sich zurzeit nicht genau sagen, fest steht jedenfalls, daß das Vor- gehen der Sowjetregierung sowohl das Inter- nationale Rote Kreuz, dessen Bevollmächtigter Fritschhausen ist, als auch die amerikanische Hilfsadministration zu Ungunsten machen muß. Welche Organisationen sind tatsächlich vollständig hilf- los in die Hände der Sowjetregierung und ihrer Beamten geraten, denn sie haben niemanden, auf dessen Kenntnis von Land und Leuten sie sich stützen könnten, da vertrauensgemäß an der Hilfsaktion nur amerikanische Bürger sich be- teiligen dürfen; Russen, die von den Ameri- kanern oder dem Rote Kreuz geworden werden wollten, würden von der Sowjetregierung, wenn es ihr passen würde, ohne weiteres unter irgend einem Vorwand einsperriert werden. Es ist klar, daß unter den gegebenen Verhältnissen eine unliebsame Verzögerung in der Hilfsaktion eintreten muß, währenddessen schreitet aber der Tod durch die verurteilte Bolschewistik und hält dort fürchterliche Musterung. Die Nach- richten, die von dort einlaufen, lauten von Tag zu Tag trübseliger. Dabei ist zu erwarten, daß das Elend auch auf das nächste Jahr über- gehen wird, denn nun ist der Termin für die Bezahlung des Saatguts für Bestellung der Winterfelder bereits verstrichen, die letzten Pferde und das letzte Vieh ist aufgefressen wor- den oder geflohen.

Ueber Maa und Renal gehen fortlaufend große Transporte von Lebensmitteln, die von den Amerikanern beschafft worden sind, nach Rußland. Vorab dürfen sie nicht einmal ge- nügen, um die Kommunisten und die Beamten durcheinander zu bringen, denn wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der mehr oder minder kommu- nistischen Beamten 10 Millionen übersteigt und wenn man die Zahl ihrer Angehörigen nur mit 20 Millionen annimmt, dann erweitert es sich, welche ungeheuren Mengen von Lebensmitteln erforderlich sind, um nur diese Herdard am Leben zu erhalten. Den einer Hilfeleistung an die Bevölkerung kann kaum die Rede sein. Daran ist, wie bereits gesagt, der Sowjet- regierung wohl auch gar nicht gelegen, denn sonst hätte sie das russische Hilfskomitee, ohne dessen Mitwirkung es unmöglich wäre, geordnete Hilfsaktion ganz unbenutzbar ist, nicht aufgelöst. Wenn das geschieht, so ist das eben auf das Verstreuen zurückzuführen, unliebsame Kontrolle auszuüben. Ohne genaueste Kontrolle läuft aber die Hilfsaktion schließlich auf die Stärkung der Sowjetmacht hinaus, wodurch die ganze Angelegenheit auf ein Geleise gerückt worden ist, das trotz allem Mittelnfinden mit der unliebsamen Bevölkerung Rußlands für die Angehörigen der Kulturstaaten, über deren Häuptern das Demokleschwert einer kommunistischen Propaganda hängt, nicht annehmbar ist.

Die Rußlandhilfe.

Paris, 19. Sept. Der erste Zug mit ameri- kanischen Lebensmitteln enthält solche Men- gen, daß 20 000 Kinder 2 Monate lang täglich mit einer Maßlöt versehen werden können. Er wird augenblicklich in Moskau aufgestellt, um nach Kasan geschickt zu werden. Die Sendung wird an Kinder bis zu 14 Jahren und an sil- bende Mütter verteilt werden. Der erste Zug befördert 250 Tonnen Mehl, Kaffee, Reis usw.

Verschiedene Drahtmeldungen.

Ein neues Geständnis des Berliner Frauen- mörders.

Berlin, 18. Sept. Der verhaftete Frauenmörder Großmann hat jetzt einen neuen Mord an einem Mäd- chen zugestanden. Seine Wohnungsmädchen, Frau Jäger, wurde wegen Blühle verhaftet. Großmann hat bereits eine 14jährige Jungfrau in seinen Ver- richter hinter sich. Zwei seiner Verdr sind sadistische Verbrecher.

Selbstmord auf Befehl.

Deffau, 18. Sept. In Köhler hat sich ein Schlos- ser, der die Ehefrau seines Freundes während einer Ge- burtsstagesfeier verhaftet hatte und hierbei überführt wurde, auf Befehl seines Freundes in dessen Gener- walt erschossen.

Der Simpon-Tunnel.

Basel, 18. Sept. Schweizerische Blätter melden den Durchbruch des zweiten Simpon-Tunnels. Das ist so zu verstehen, daß er vollständig durchstochen wurde, so daß sofort das Mauerwerk ausgeführt werden kann. Der eigentliche Durchbruch erfolgte bekanntlich für beide Tunnel zu gleicher Zeit.

Milchpreissetzung in Argentinien.

Paris, 18. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Buenos Aires ist ein Gesetz die Milchpreise in der gleichen Höhe fest wie 1920 und verbietet auf zwei Jahre jede Kürzung.

Ungarn mobilisiert.

Prag, 18. Sept. Der Wiener Korr. des Blattes „Prager Presse“ erfährt aus diplomatischen Kreisen der Entente, daß seit einigen Tagen in Ungarn in aller Stille eine regelrechte Mobilisierung durchgeführt werde.

Budapest, 17. Sept. Aus den Berichten, die von den ungarischen Vertretern in Paris und London eingetroffen sind, geht hervor, daß die ungarische und die französische Regierung sich den Standpunkt des italienischen Ministers des Aeußeren de la Torretta reiflich zu eigen machten.

London, 18. Sept. Einer Meldung des „Exchange“ zufolge haben die Alliierten beschlossen, Ungarn zu mobilisieren, wenn es das Burgenland nicht sofort räumt.

Genf, 18. Sept. Das Amtsblatt des Völkerbundes veröffentlicht eine Zuschrift des Direktors des soziologischen Instituts in Turin, Professor Francesco Conforti, über den internationalen soziologischen Kongress, der vom 9. bis 16. Oktober d. J. in Turin veranstaltet wird.

Paris, 18. Sept. Eine französische Nachrichtenstelle meldet: Entgegen gewissen Behauptungen liegt es gar nicht in der Absicht der Regierung, eine Note an die deutsche Regierung über die wirtschaftlichen Sanktionen zu richten.

London, 18. Sept. Eine französische Nachrichtenstelle meldet: Entgegen gewissen Behauptungen liegt es gar nicht in der Absicht der Regierung, eine Note an die deutsche Regierung über die wirtschaftlichen Sanktionen zu richten.

Frankfurt a. M., 18. Sept. Am 9. September spät abends wurde in Saarlouis zwischen der Wellerlanger Fabrik und dem Stadtwald ein junger Mann namens Winter aus Saarlouis II (Nobden) überfallen, durch Messerstiche schwer verletzt und seiner Barthaft und sonstigen Wertgegenstände beraubt.

Bernau, 19. Sept. Der Kriegerverein von Bernau und Umgebung hatte für den gestrigen Sonntag eine Familienfeier in Bernau abgehalten. Demzufolge merkte man jedoch, daß von sozialdemokratischer Seite eine Störung beabsichtigt wurde.

Schwere Ausfahrungen.

Leipzig, 18. Sept. Wie die „Leipziger Allgemeine Zeitung“ erfährt, ist die Jungmannschaft des Bundes der Kaiserfreuen in Leipzig auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August heute polizeilich verboten worden.

Fürst Philipp von Eulenburg gestorben.

Berlin, 19. Sept. Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ aus Heidenberg in der Mark meldet, ist Fürst Philipp von Eulenburg im 75. Lebensjahr gestorben.

Kahr lehnt ab.

München, 19. Sept. Ueber das Ergebnis der Reise des Geheimrats Kahr nach Bergesgaden zu Herrn v. Kahr ist zwar noch keine offizielle Meldung erfolgt, doch wird von unterrichteter Stelle, die mit der Bayerischen Volkspartei Beziehungen unterhält, mitgeteilt, Herr v. Kahr habe das Angebot der Kabinettbildung abgelehnt, da es mit bestimmten Bedingungen gestellt worden war.

Ein Brief des Kapitäns Ehrhardt.

München, 17. Sept. Korvettenkapitän Ehrhardt sendet über seine Beziehungen zu München den „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Salzburg eine Erklärung zu dem Bericht des Staatskommissars Weismann. Ehrhardt sagt, daß er nach dem Kapp-Putsch verurteilt wurde, einen Teil der Rente zurückzubringen. Die meisten seien in Norddeutschland angeheiratet, nur ein kleiner Teil, und zwar vorwiegend Süddeutsche, in Süddeutschland und Bayern.

Schweres Unglück beim Münchner Oktoberfest. München, 18. Sept. Auf dem Oktoberfest auf der Theresienwiese brach heute nachmittags der Boden einer mit Menschen dicht angefüllten Plattform eines Auslaststurms. Durch den Sturz in die Tiefe wurden, wie verläutet, 30 Personen zum Teil schwer verletzt.

Protestversammlung des Badischen Zigarettengewerbes gegen die Steuererhöhung.

Baden-Baden, 18. Sept. Gestern fand hier eine von allen Teilen des Landes bestellte Protestversammlung der Badischen Zigarettenindustrie statt, um gegen die auf 1. Oktober 1921 in Aussicht genommene Steuererhöhung Stellung zu nehmen. Über 1000 Arbeiter und Arbeitnehmervertreter, Vertreter der Angestellten und schließlich Korporationen waren anwesend.

Frankfurt a. M., 18. Sept. Am 9. September spät abends wurde in Saarlouis zwischen der Wellerlanger Fabrik und dem Stadtwald ein junger Mann namens Winter aus Saarlouis II (Nobden) überfallen, durch Messerstiche schwer verletzt und seiner Barthaft und sonstigen Wertgegenstände beraubt.

Aus Baden.

Mannheim, 17. Sept. Hier wurde unter der Firma Laurin und Seiber A.G. eine Fabrik elektrotechnischer Apparate mit einem vorläufigen Kapital von 500 000 M. gegründet.

Mannheim, 17. Sept. Der Stadtrat fordert in seiner Vorlage an den Bürgerausschuß 26,7 Millionen Mark für die Erweiterung des Industriehafens.

Redarbischofheim, 17. Sept. Die Bezirksversammlung des Landbundes beschloß einstimmig, Dr. Ludwig Goffenheim als Spitzenkandidat für den 7. Wahlkreis Heidelberg-Mosbach in Vorschlag zu bringen.

Redarbischofheim, 17. Sept. Der schon lang geplante Bahnbau nach Schönau soll nun endlich ausgeführt werden. Die Arbeiter sind ausgeschrieben worden.

Bronnacker b. Adelsheim, 17. Sept. Vom Schwungrad einer Dönmühle sprang ein Stück Eisen ab und verletzte die 13jährige Tochter des Schmiedemachers Schäfer lebensgefährlich.

Rehl, 17. Sept. Die in Karlsruhe so plötzlich aus dem Leben geschiedene Gattin des Ministers a. D. Abg. Dietrich hat sich durch ihr großzügiges, im Stillen ausgeübtes Wohltun ein gesegnetes Andenken erworben. Die „Rehler Zeitung“ sagt in ihrem Nachruf u. a.: Der Titel „Ehrenbürgerin von Rehl“, den ihr die Gemeinde verlieh, umfaßt ihr ganzes Leben, Denken und Tun für Rehl.

Freiburg, 17. Sept. Im Stadtteil Viehre stürzte der Feuerwehrmann Weidenkeller von einem Ruckbaum ab und brach das Genick. — Der wegen Nordverluchs verhaftete 34jährige Antscher aus Hochpfever hatte im Auftrag einer Frau, die mit ihrem Mann in Scheidung lebte, diesen gegen Bezahlung von einigen hundert Mark beseitigen wollen.

Konstanz, 17. Sept. Der konstanzener Bürgerausschuß hatte gestern über elf Vorlagen zu beraten; das Kollegium war aber geteilt in der Oppositionsstellung, weil ihm aus der Bürgerchaft wiederholt der Vorwurf gemacht worden war, der Bürgerausschuß sei eine Bemittlungsmaschine. Der Ausschuß, daß dem nicht so sei, wurde nun gestern gründlich gelehrt.

Aus dem Stadtkreise.

Raubmord. Am Samstag, den 17. Sept. d. J. ist nachmittags zwischen 1/2 und 3/4 Uhr der 53 Jahre alte Arzt Dr. Otto Witz (Hombörsch) in seiner Wohnung Georg-Friedrichstraße Nr. 2 (3. Stock) überfallen und durch zwei Hammerstiche auf den Kopf schwer verletzt worden. Dr. Witz ist abends im Städt. Krankenhaus an den Verletzungen gestorben.

Die Täter müssen mit Blut bespritzt gewesen sein. Auf die Ermittlung der Täter oder die Mitteilung von Anhaltspunkten, die zu ihrer Greifung führen, wird eine Belohnung bis zu 5000 Mark ausgesetzt.

Der Täter ist bei Verabreichung der Tat mit ganzem Körper Rohheit vorgegangen. Wie man erfährt, war der Schädel des Getöteten von 3-4 Stellen vollständig zertrümmert. Eine sofort vorgenommene Operation an dem um etwa um 1/4 Uhr ins Städt. Krankenhaus eingelieferten brachte keine Rettung mehr. Wenig gegen 8 Uhr ist der Überfallene gestorben.

Wir erfahren in der Sache noch: Am Samstag nachmittags nach 2 Uhr wurde der hiesige hombörschische Arzt Dr. Witz in seiner Wohnung ermordet. Ueber den Hergang der Tat läßt sich folgendes feststellen: Dr. Witz, der ledig war, wohnte im 3. Stock des Hauses Georg-Friedrichstraße 2. Vorherem nachmittags kamen, wie man annimmt, zwei Personen unter dem Vorwand, ihn zu konsultieren, in sein Sprechzimmer. Dem Arzte wurden mit einem Hammer (ähnlich einem Schürerhammer) mehrere Schläge auf den Kopf versetzt, durch die er betäubt wurde.

Der Täter ist bei Verabreichung der Tat mit ganzem Körper Rohheit vorgegangen. Wie man erfährt, war der Schädel des Getöteten von 3-4 Stellen vollständig zertrümmert. Eine sofort vorgenommene Operation an dem um etwa um 1/4 Uhr ins Städt. Krankenhaus eingelieferten brachte keine Rettung mehr. Wenig gegen 8 Uhr ist der Überfallene gestorben.

Wir erfahren in der Sache noch: Am Samstag nachmittags nach 2 Uhr wurde der hiesige hombörschische Arzt Dr. Witz in seiner Wohnung ermordet. Ueber den Hergang der Tat läßt sich folgendes feststellen: Dr. Witz, der ledig war, wohnte im 3. Stock des Hauses Georg-Friedrichstraße 2. Vorherem nachmittags kamen, wie man annimmt, zwei Personen unter dem Vorwand, ihn zu konsultieren, in sein Sprechzimmer. Dem Arzte wurden mit einem Hammer (ähnlich einem Schürerhammer) mehrere Schläge auf den Kopf versetzt, durch die er betäubt wurde.

Wir erfahren in der Sache noch: Am Samstag nachmittags nach 2 Uhr wurde der hiesige hombörschische Arzt Dr. Witz in seiner Wohnung ermordet. Ueber den Hergang der Tat läßt sich folgendes feststellen: Dr. Witz, der ledig war, wohnte im 3. Stock des Hauses Georg-Friedrichstraße 2. Vorherem nachmittags kamen, wie man annimmt, zwei Personen unter dem Vorwand, ihn zu konsultieren, in sein Sprechzimmer. Dem Arzte wurden mit einem Hammer (ähnlich einem Schürerhammer) mehrere Schläge auf den Kopf versetzt, durch die er betäubt wurde.

lassen die Blutspuren schmelzen. Später gelang es Dr. Witz, die Treppe herab in den 1. Stock zu kommen. Dem Vernehmen nach konnte er noch Angaben machen, daß er mit einem Hammer geschlagen und beraubt worden sei. Er brach dort zusammen und wurde vorläufig verbunden und später in das Städtische Krankenhaus gebracht. Ein Raubmord scheint insofern vorzuliegen, als bei Dr. Witz selbst nur noch 60 Pf. Bargeld gefunden wurden. Dagegen fand sich in seinem Bett eine größere Summe vor. Da Dr. Witz ganz allein lebte, treten den Ermittlungen große Schwierigkeiten entgegen. Man glaubt, die Tat mit größerer Eindringlichkeit der letzten Zeit in Zusammenhang bringen zu können.

Unfall. Am Samstag vormittag stürzte ein im Stadtteil Rintheim wohnender 30 Jahre alter Malermeister beim Anstreichen der Fenster im zweiten Stock eines Hauses der Ernststraße ab, zog sich einen Rippenbruch, eine Rückenquetsung zu und mußte mittels Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden.

Schlägerei. In einer Wirtschaft der Kaiserstraße wollte der Hausbursche am Samstag nach einem Streit schlüpfen, der unter den Gästen entstanden war. Hierbei erhielt er von hinten einen Messerstich in die linke Schulter. Da er vermutete, daß ihm der Stich durch einen Installeur aus Mühlburg versetzt worden sei, verfolgte er diesen nach der Kaiserstraße und schlug mit einem Stock auf ihn ein, wodurch eine größere Menschenansammlung entstand. Festgenommen wurde ein Schneider wegen Diebstahlsverdachts.

Senff-Georgis lustiger Abend, der gestern abend in dem vollbesetzten Eintrachtsaal „durch dick und dünn“ vor sich ging, zeigte die bedeutenden Fähigkeiten dieses Vortragskünstlers im hellsten Licht. Witz und Erfindungsgeist zeichnen seine Einleitungen und persönlichen Bemerkungen aus, eine sichere Fingigkeit bewies die Auswahl seines Programms, das Prescher, „Karlsen“, Hirschberg u. a. zu Worte kommen ließ. Ganz köstlich das Wienerspiel und die Art der Stimmverstellung, am besten in der Unterscheidung des Pavians und der Orang-Utangsmaid in der betreffenden „so sehr schönen“ Affäre. Senff-Georgis weiß jedenfalls, was sein Publikum will, und so wagt er es leicht, auch ein paar alte Kalauer aus Schulaufsätzen und Entschuldigungsgeheimnissen vorzutragen, die ebenso wie sein übriges Programm eine immer gesteigerte Zwerchfellerschütterung und lauter Beifall fanden. Zusammengekommen, blieb das Bild eines humoristischen Vortragskünstlers, der aus dem Gebiet des Witzes und der witzigen Diktorie, wie die Münchener „Jugend“ es pflegt, in allen Winkeln zu Hause ist, aber auch nicht mehr: keine Groteske, keine Satire oder Parodie. Aber jedenfalls ist diese Beschränkung auf das Angepasste und Anpassungsfähige klug und sicher keine Hemmung auf dem Wege zu neuen Erfolgen.

Chronik der Vereine.

Die Gesellschaft „Mitt“ Karlsruhe veranstaltete gestern vormittag im „Eintracht“ (Radbahnhof) eine Gedächtnisfeier für die im Kriege gefallenen Mitglieder. In erhebender Weise geschah die Gedächtnisfeier. Ein Trauermarsch, den gefallenen Kriegern von Ehrenrufer H. Müna gewidmet und von ihm selbst und Konfessionarinnen gesungen, eröffnete die Feier. Dann trug Herr Ufer einen warmempfundenen Vortrag vor, den das städt. Witzbüro H. Ufer verfaßt hat. Die Gedächtnisfeier hielt Herr H. Ufer ab. In erhabender Weise geschah die Gedächtnisfeier. Ein Trauermarsch, den gefallenen Kriegern von Ehrenrufer H. Müna gewidmet und von ihm selbst und Konfessionarinnen gesungen, eröffnete die Feier. Dann trug Herr Ufer einen warmempfundenen Vortrag vor, den das städt. Witzbüro H. Ufer verfaßt hat. Die Gedächtnisfeier hielt Herr H. Ufer ab.

Veranstaltungen.

Stadigarten. Der Musikverein Harmonie veranstaltet am Dienstag nachmittags von 4-7 Uhr ein volkstümliches Familienkonzert. Der Dirigent, Herr Hubold, hat hierzu ein reichhaltiges, abwechslungsreiches Programm ausgearbeitet. Alfred Hoch. Heute Montag den 19. findet abends 7 1/2 Uhr im Eintrachtsaal das erste Weltkonzert der Konfessionarinnen statt. Für welches der Pianist Alfred Hoch gewonnen wurde. Es sind nach Planitz Alfred Hoch gewonnen wurde. Es sind nach Planitz Alfred Hoch gewonnen wurde. Es sind nach Planitz Alfred Hoch gewonnen wurde.

Sport / Spiel.

Hedererennen.

Distanz das gewinnreichste Pferd. Durch den Sieg im Deutschen Sainteger hat Distanz seine Gesamtgewinnsumme als Zwei- und Dreifähriger auf 512 200 M. gebracht und ist damit das erfolgreichste Pferd geworden, das je in Deutschland geschlagen wurde. Die bisherige Rekordgewinnsumme von Herold mit 496 750 M. hat der Fels-Sohn um 15 450 M. übertroffen. Herold hält z. Bt. noch den Rekord bei einem Jahre erfolgreichsten Pferdes mit 487 750 M., doch ist ihm Distanz auch hier bis auf 250 M. nähergerückt.

Tagesanzeiger.

Montag, den 19. September. Colosseum. Variet. 8 Uhr. Welpenparade. Konstantinopel. Eintrachtsaal. Alfred Hoch. Kavaliersabend 7 1/2 Uhr. Welpenparade. Konstantinopel. Eintrachtsaal. Alfred Hoch. Kavaliersabend 7 1/2 Uhr.

